

## Niederschrift

**Gremium:** Schulausschuss  
**Sitzungs-Nr.:** 12 / Wahlperiode 2001/2006  
**Sitzung am:** 19.01.2005  
**Ort:** SZ Otterndorf, Schulstr. 2, Otterndorf  
**Beginn:** 15:04 Uhr **Ende:** 18:59 Uhr

<b>Behandelte Tagesordnungspunkte:</b>		<b>Seite:</b>
1	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	3
2	Genehmigung der Niederschrift über die elfte öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 22.09.2004.	3
3	Schulische Situation am Schulzentrum Otterndorf <b>Sitzungsvorlage Nr. 3/2005</b>	3
4	Beschulung von Kindern aus der Samtgemeinde Nordkehdingen (Landkreis Stade) am Gymnasium Warstade <b>Sitzungsvorlagen Nr. 269/2004 und 269a/2004</b>	4
5	Einrichtung von Ganztagschulen im Landkreis Cuxhaven <b>Sitzungsvorlage Nr. 4/2005</b>	5
6	Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung vom 17.03.1999 <b>Sitzungsvorlage Nr. 5/2005</b>	7
7	Schülerbezogener Beitrag des Landkreises Cuxhaven an den Schulverein Waldschule Hagen e.V. hier: Resolution der Samtgemeinde Beverstedt <b>Sitzungsvorlage Nr. 6/2005</b>	8
8	Entwurf des Haushaltsplanes – Verwaltungs- und Vermögenshaushalt – für das Haushaltsjahr 2005 sowie des Finanzplanes und des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2004 bis 2008 <b>Sitzungsvorlage Nr. 7/2005</b>	9
9	Mitteilungen und Anfragen	10
	9.1 Erfahrungen des Betriebes der Ganztagschulen in Beverstedt und Hagen	10
10	Einwohnerfragestunde	10

Anwesend waren:

Kreistagsabgeordneter Bensen, Beverstedt, Vorsitzender  
Kreistagsabgeordneter Demuth, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordneter Feldmann, Otterndorf  
Kreistagsabgeordneter Götjen, Lunestedt  
für den verh. Abg. Ahrens, Bramstedt  
Kreistagsabgeordneter Grüter, Schiffdorf  
Kreistagsabgeordneter Kowalewski, Midlum  
Kreistagsabgeordnete Frau Krause-Behrens, Bokel  
für den verh. Abg. Dr. Nixdorf, Langen  
Kreistagsabgeordneter Meyn, Lamstedt (bis 18:55 - TOP 8)  
Kreistagsabgeordnete Frau Spiess, Cuxhaven  
für den verh. Abg. von der Lieth, Elmlohe  
Kreistagsabgeordneter Tobias, Langen  
Kreistagsabgeordnete Frau Vockert, Schiffdorf

Grundmandatsinhaber:

Kreistagsabgeordnete Frau Tecker, Schiffdorf

Als hinzuberufene stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Helmut Bertram, Tannenstr. 3, 27612 Loxstedt-Eidewarden  
Herr Peter Lohmann, Am Krähenhof 1, 27729 Axstedt  
Herr Daniel Naber, Ostergraben 44, 27619 Schiffdorf

Als Gäste:

Herrn Rektor Bock, Hauptschule Otterndorf  
Herrn Oberstudiendirektor Schnell, Gymnasium Otterndorf  
Herrn Realschulrektor Siering, Johann-Heinrich-Voß Schule, Realschule Otterndorf

Von der Verwaltung:

Kreisrat Redeker  
Kreisoberamtsrätin Heß  
Kreisamtsrat Lechlein, zugleich als Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordneter Ahrens, Bramstedt  
Kreistagsabgeordneter von der Lieth, Elmlohe  
Kreistagsabgeordneter Dr. Nixdorf, Langen

**Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 15:04 Uhr, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsmäßige Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die elfte öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 22.09.2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Schulausschuss beschloss bei 4 Stimmenthaltungen einstimmig:

Die Niederschrift über die elfte öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 22.09.2004 wird genehmigt.

**Punkt 3: Schulische Situation am Schulzentrum Otterndorf  
Sitzungsvorlage Nr. 3/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen zu Punkt 3 der Tagesordnung.

Rektor Bock erläuterte anhand einer Powerpointpräsentation die Situation am Schulzentrum Otterndorf.

Oberstudiendirektor Schnell berichtete für den Bereich des Gymnasiums Otterndorf, dass ein allgemeiner Unterrichtsraum stets als Aufenthaltsraum für die Oberstufenschülerinnen und – schüler für Freistunden und dergleichen zur Verfügung stehen müsse. Daneben sei herauszuheben, dass in der Oberstufe das Kurssystem bestehe. Dieses bedeute, dass zwischen fünf und acht Kurse zeitgleich unterrichtet würden, für die jeweils ein Unterrichtsraum erforderlich sei. Alleine hieraus ergebe sich eine deutliche Enge nur für das Gymnasium.

Realschulrektor Siering ergänzte, dass insbesondere der Bereich der Verwaltung der Johann-Heinrich-Voß Schule, Realschule Otterndorf zu klein bemessen sei.

Der Vorsitzende unterbrach um 15:17 Uhr die Sitzung für einen Rundgang durch verschiedene Gebäudeteile des Schulzentrums Otterndorf.

Der Vorsitzende setzte die Sitzung nach dem Rundgang um 15:37 Uhr fort.

Abg. Feldmann merkte an, nach dem Rundgang sei deutlich geworden, dass die Schulgebäude insgesamt sehr unübersichtlich seien. Nach seiner Auffassung gehe es darum, pädagogische Konzepte mit Hilfe einer Gebäudestruktur umzusetzen. Wenn es gelinge, die Verwaltung der Hauptschule in dem Gebäudeteil unterzubringen, in dem sämtliche Hauptschulklassen beschult würden, sei es möglich, eine pädagogische Eigenständigkeit zu erreichen. Nunmehr biete sich hierfür eine große Chance.

Oberstudiendirektor Schnell ergänzte, nach dem erfolgten Umzug der Hauptschulverwaltung könnten im ehemaligen Bereich der Verwaltung zwei zusätzliche allgemeine Unterrichtsräume entstehen. Daneben sei es möglich, einen Fachunterrichtsraum für den Bereich Textiles Gestalten zu schaffen.

KOAR'in Heß erläuterte, die Schaffung zusätzlicher Unterrichtskapazitäten sei weder mittel- noch langfristig erforderlich.

Dem entgegnete Abg. Tobias, die Langfristigkeit sei nicht von entscheidender Bedeutung. Die Schulleiter hätten dargestellt, dass vielmehr kurzfristige Lösungen gefunden werden müssten.

Abg. Meyn listete die einzelnen geplanten Maßnahmen auf und stellte fest, dass es schwierig sei, allen vorgetragenen Wünschen, die in gewisser Weise berechtigt seien, gleichzeitig Rechnung tragen zu können.

Ergänzend hierzu führte KOAR'in Heß aus, dass die ursprünglich für die Jahre 2005 und 2006 vorgesehenen Sanierungen von zwei naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen durch die Notwendigkeit des Umbaus der Hauptschulverwaltung bereits auf Folgejahre verschoben worden seien.

Kreisrat Redeker vertrat die Auffassung, der Landkreis müsse bei den Planungen investiver Maßnahmen zurückhaltend sein. Nach den Vorgaben der Aufsichtsbehörde sei eine Nettoneuverschuldung in jedem Falle zu vermeiden.

Ausschussmitglied Demuth erklärte, es müsse so vieles wie möglich innerhalb der Schule umgesetzt werden. Aus diesem Grunde sei der Umbau der Hauptschulverwaltung mit einem Kostenvolumen von 70.000,- € zu empfehlen, zumal hierfür auch eine Deckungsvorschlag gemacht worden sei. Die einzusetzenden Mehrkosten in Höhe von 10.000,- € für den Umbau der ehemaligen Hauptschulverwaltung zu zwei allgemeinen Unterrichtsräumen seien allerdings finanziell nicht gedeckt.

Abg. Meyn meinte, dass der Umbau der Hauptschulverwaltung auf jeden Fall erfolgen müsse. Auch könne man darüber nachdenken, für das Jahr 2005 10.000,- € für den Umbau der dann ehemaligen Hauptschulverwaltung zu zwei allgemeinen Unterrichtsräumen bereit zu stellen. Der Umbau der Verwaltung der Johann– Heinrich– Voß Schule, Realschule Otterndorf sei allerdings erst im Jahre 2006 vorzusehen.

Dem entgegnete Abg. Feldmann, dass die Kosten in Höhe von 10.000,- € zur Schaffung von zwei allgemeinen Unterrichtsräumen als geringfügig anzusehen seien. Auch müsse in einem Zuge die Verwaltung der Realschule erweitert werden. Insbesondere bei Elternbesuchen sei herauszustellen, dass die Räumlichkeiten viel zu klein seien. Die seitens der Landesregierung beschlossene Schulstrukturreform müsse als Konsequenz an den einzelnen Standorten finanziell umgesetzt werden.

KAR Lechlein merkte an, die den Schulen vorgeschlagenen Umwidmungen der finanziellen Mittel bezögen sich lediglich auf Planungen. Die konkrete Einwerbung von Haushaltsmitteln erfolge in den Haushaltsplanberatungen für das jeweilige Haushaltsjahr. Nach dem erfolgten Umbau des jetzigen Lehrküchenbereiches zur Verwaltung der Hauptschule sei auch darüber nachzudenken, ob das dadurch freiwerdende Raumpotenzial nicht auch für die Verwaltung der Johann-Heinrich-Voß Schule, Realschule Otterndorf genutzt werden könne.

Dieser Vorschlag wurde von Realschulrektor Siering deutlich zurückgewiesen. Es sei nicht hinzunehmen, dass die Verwaltung und das Lehrerzimmer soweit voneinander getrennt würden. Im Übrigen würde die von den drei Schulen im Konsens vorgeschlagene Lösung die Schaffung von insgesamt drei zusätzlichen Unterrichtsräumen, die dringend benötigt würden, nicht umgesetzt werden können.

Nach weiterer Diskussion unter Beteiligung der Abg. Demuth, Feldmann, Kowalewski, Meyn, Frau Tecker, Frau Vockert sowie von Oberstudiendirektor Schnell, Realschulrektor Siering, KR Redeker, KOAR'in Heß und KAR Lechlein empfahl der Schulausschuss dem Kreisausschuss und Kreistag mit 10 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die bisherige Lehrküche der Hauptschule Otterndorf wird zum Verwaltungsbereich der Hauptschule Otterndorf umgebaut. Hierfür werden im Jahr 2005 Haushaltsmittel in Höhe von 70.000,- € im Wirtschaftsplan des Internen Servicebetriebes bereitgestellt.
2. Für den Umbau der dadurch freiwerdenden Räumlichkeiten zu zwei allgemeinen Unterrichtsräumen werden im Haushaltsjahr 2005 im Wirtschaftsplan des Internen Servicebetriebes 10.000,- € veranschlagt.
3. Der Verwaltungstrakt der Johann-Heinrich-Voß Schule, Realschule Otterndorf, wird erweitert. Für diese Umbaumaßnahme sind im Haushaltsplan für das Jahr 2005 im Wirtschaftsplan des Internen Servicebetriebes insgesamt 30.000,- € zur Verfügung zu stellen.

**Punkt 4: Beschulung von Kindern aus der Samtgemeinde Nordkehdingen (Landkreis Stade) am Gymnasium Warstade  
Sitzungsvorlagen Nr. 269/2004 und 269a/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen zu Punkt 4 der Tagesordnung.

Abg. Demuth dankte der Verwaltung für die auf dem Kompromisswege erzielte sehr gute Lösung. Die vom Landkreis Stade bereitgestellten Gelder würden bei der Erweiterung der Schule helfen. Es sei als wichtig herauszustellen, dass im Rahmen der Verhandlungen nicht nur ein Baukostenzuschuss, sondern auch eine laufende Kostenbeteiligung des Landkreises Stade erzielt werden konnte.

Abg. Götjen brachte den Willen des Schulausschusses zum Ausdruck, die Kinder aus der Samtgemeinde Nordkehdingen weiterhin am Gymnasium Warstade zu beschulen. Die in Rede stehenden Eckpunkte hätten jedoch einen bitteren Beigeschmack. In den ersten Überlegungen vom Landkreis Stade sei ein Investitionskostenzuschuss von 3 Millionen Euro avisiert worden. Dass diese Summe nicht realisiert werden konnte, sei so ohne weiteres nicht nachzuvollziehen. In den seinerzeitigen Diskussionen sei es auch Konsens gewesen, für die Beschulung der Schülerinnen und Schüler aus der Samtgemeinde Nordkehdingen keine Lösung um jeden Preis zu erzielen. Aus Sicht seiner Fraktion bestehe daher noch ein erheblicher Diskussionsbedarf.

Abg. Meyn fragte ergänzend, für welchen Preis die Stader Schülerinnen und Schüler am Gymnasium Warstade zu beschulen seien. Wenn der Landkreis Stade die Schülerinnen und Schüler selbst für Baumaßnahmen in Höhe von 1,2 Millionen Euro beschulen könne, sei fraglich, warum für den Landkreis Cuxhaven entsprechende Investitionskosten in Höhe von 3,4 Millionen € anfielen. Schließlich sei auch zu berücksichtigen, dass entsprechende Beschlüsse des Landkreises Cuxhaven unmittelbare Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage und die Höhe der Beiträge zur Kreisschulbaukasse hätten.

KAR Lechlein erklärte hierzu, dass die Baukosten in Stade vermutlich dadurch geringer ausfielen, dass es sich bei dem als Alternative zur Verfügung stehenden Vincent-Lübeck-Gymnasium in Stade um eine Schule handle, die derzeit siebenzünftig geführt werde. Hieraus folgere, dass dort insgesamt größere Kapazitäten bereits vorhanden seien.

KR Redeker warb um Zustimmung für die Vereinbarung. Jedem sei bewusst gewesen, um welche schwierige Situation es sich bei der Beschulung der Kinder aus der Samtgemeinde Nordkehdingen gehandelt habe. Der angesprochene Zuschuss in Höhe von 3 Millionen Euro sei zwar in den Diskussionen mit dem Landkreis Stade genannt, jedoch nie fest zugesagt worden. Eine Beteiligung an den laufenden Kosten habe der Landkreis Stade zunächst kategorisch abgelehnt. Ziel des Landkreises Cuxhaven sei es gewesen, eine Kostenbeteiligung durchzusetzen und damit eine Entlastung im Verwaltungshaushalt zu erzielen. Der Kompromiss sei kein optimales, aber ein akzeptables Ergebnis.

Abg. Grüter unterstützte den vorliegenden Vorschlag. Beide Parteien hätten schließlich nach intensiven Diskussionen nachgegeben. Die Form der effektiven Zinsersparnis und Ersparnis bei den Schülerbeförderungskosten sei ein tragbarer Vergleich. Er fragte, ob es sich um eine dauerhafte Vereinbarung handle.

KR Redeker antwortete, dass die Verhandlung auf Dauer angelegt sei, jedoch zunächst zehn Jahre gelten würde. Eine Preisgleitklausel sei vereinbart worden.

Nach weiterer Diskussion unter Beteiligung der Abg. Feldmann, Kowalewski, Meyn, Frau Spieß, Frau Tecker, Frau Vockert sowie von KR Redeker beantragte Abg. Götjen, die Beschlussempfehlung an den Kreisschulausschuss zunächst auszusetzen. Dieser Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

Danach empfahl der Schulausschuss dem Kreisschulausschuss mit 11 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landrat wird beauftragt, mit dem Landkreis Stade eine Vereinbarung über die zukünftige Beschulung der Kinder aus der Samtgemeinde Nordkehdingen zu schließen. Diese beinhaltet eine Baukostenbeteiligung in Höhe von 800.000,- € sowie eine Kostenbeteiligung am laufenden Unterrichtsbetrieb von 604,- € pro Schülerin/ Schüler und Jahr.

## **Punkt 5: Einrichtung von Ganztagschulen im Landkreis Cuxhaven** **Sitzungsvorlage Nr. 4/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Abg. Frau Vockert äußerte ihre Zufriedenheit darüber, dass seitens der Verwaltung zu den vorliegenden Anträgen keine Beschlussempfehlungen gegeben worden seien. Die nunmehr vorgelegten Konzepte seien insgesamt stimmig. Aus diesem Grunde sei es auch nicht denkbar, eine Favorisierung einzelner Standorte vorzunehmen. Unter Berücksichtigung der hervorragenden Rahmenbedingungen zur Förderung von Investitionsmaßnahmen sei es wichtig, diese Chancen nunmehr zu nutzen.

Abg. Frau Krause-Behrens stellte eine seltene Einigkeit der großen Kreistagsfraktionen fest. Auch sie vertrete die Auffassung, dass die zur Verfügung stehenden Fördergelder unbedingt zu nutzen seien. Auch sei es für die engagierten Eltern, sowie Lehrerinnen und Lehrer erforderlich, deren Bemühungen zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang könne sie allerdings nicht verstehen, warum seitens der Verwaltung stets der Hinweis erfolge, dass eine Förderung lediglich für die Investitionssumme in Höhe von bis zu 90 v. H. denkbar sei.

KR Redeker antwortete, hinzu komme der Zuschussbedarf für die Mittagsverpflegung. Hierbei handele es sich um eine freiwillige Leistung des Landkreises, die nicht gefördert werde. Dies müsse bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

KAR Lechlein merkte an, dass es bei einem gegebenenfalls positiven Beschluss sinnvoll sei, für alle vier Baumaßnahmen bereits nach dem entsprechenden Kreistagsbeschluss mit Baumaßnahmen beginnen zu können. Auf diesem Wege könne vermieden werden, dass mit der Inbetriebnahme der vorläufigen Mensen erst ca. ein halbes Jahr nach Beginn der Ganztagschulen gerechnet werden könne.

Auf die Bemerkung von der Abg. Frau Krause-Behrens, die Landkreisverwaltung würde die Zuschusshöhe auf bis zu 90 v. H. deklarieren, stellte KAR Lechlein fest, dass alle vorliegenden Anträge bisher zwar mit dieser Fördersumme berücksichtigt werden konnten, für die Zukunft aber nicht auszuschließen sei, dass das Land Niedersachsen eine niedrigere Förderquote festsetzen würde. Sämtliche Anträge würden in drei verschiedene Kategorien eingeteilt. Insgesamt lägen jetzt nach Aussage des Kultusministeriums bis in das Jahr 2007 hinein Anträge auf Förderungen vor, die ein Volumen von insgesamt ca. 60 DIN A 4 Seiten einnehmen. Schließlich sei zu den vorliegenden Anträgen auch zu bemerken, dass das Nds. Schulgesetz den Eltern die Möglichkeit einräume, den Besuch einer Ganztagschule abzulehnen. Dieses beziehe sich auch auf die Schulform der offenen Ganztagschule. Wenn im Bereich des südlichen Kreisteils Wesermünde keine Halbtagschule mehr bestehe, sei für den Landkreis Cuxhaven mit steigenden Kosten in der Schülerbeförderung zu rechnen, weil die Eltern, die keinen Ganztagschulbetrieb wünschten, Anspruch auf Beförderung zur nächstliegenden Halbtagschule hätten.

Nach Auffassung des Abg. Feldmann habe der Standort Hemmoor insgesamt Priorität. Die bestehende Bahnanbindung mache den Elternwillen insgesamt sehr variabel. Zu den Kosten, die mit der Einrichtung von Ganztagschulen verbunden seien, bemerkte Abg. Feldmann, dass hierfür die alte Lebensweisheit „Wer A sagt, muss auch B sagen“, uneingeschränkt gelte.

Abg. Frau Vockert bat die Verwaltung, die Höhe der Essenskosten im Vergleich zu anderen Ganztagschulen einer kritischen Würdigung zu unterziehen und im nächsten Schulausschuss hierüber zu berichten. Nach ihrer Auffassung müsse es möglich sein, das Essen preiswerter anzubieten.

Nach weiterer Diskussion unter Beteiligung der Abg. Frau Tecker, sowie hinzuberufenes stimmberechtigtes Mitglied Lohmann empfahl der Schulausschuss dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Den Anträgen der Osteschule, Haupt- und Realschule Hemmoor, der Schule An der Mühle, Haupt- und Realschule Bad Bederkesa, der Haupt- und Realschule Loxstedt und der Haupt- und Realschule Schiffdorf wird stattgegeben. Der Landrat wird beauftragt, entsprechende Anträge beim Nds. Kultusministerium zu stellen.
2. Der Landrat wird beauftragt, mit den jeweiligen Schulen Gespräche zu führen, um die Mindestanforderungen zur Einrichtung als Ganztagschule (Investitionen, Schülerbeförderung etc.) sowie mögliche Übergangslösungen auszuloten.
3. Sollte die Bewilligung für die zu stellenden Förderanträge tatsächlich erst nach der Sommerpause erfolgen, wird einer erforderlichen Baumaßnahme an der Osteschule, Haupt- und Realschule Hemmoor der Vorrang eingeräumt, mit den möglicherweise erforderlichen Baumaßnahmen auch vor Bewilligung der Zuschüsse aus dem Förderprogramm zu beginnen, um eine regionale Ausgewogenheit zu erreichen (es existieren bereits zwei Ganztagschulen im Kreisteil Wesermünde des Landkreises Cuxhaven).



**Punkt 6: Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung vom 17.03.1999  
Sitzungsvorlage Nr. 5/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Abg. Demuth kündigte für die SPD-Kreistagsfraktion an, die geplante Anhebung der Kilometergrenzen insgesamt ablehnen zu wollen. Aus der Vorlage sei eindeutig ersichtlich, dass es nur zu minimalen Einsparungen kommen würde. Es sei sehr wahrscheinlich, dass die bei den Unternehmen anfallenden Mindereinnahmen durch deutliche Tarifsteigerungen kompensiert werden könnten.

Abg. Götjen stellte dar, dass der Landkreis sich in einer Zwangssituation befinde. Wenn andere Landkreise die km-Grenzen insgesamt anheben, müsse auch der Landkreis Cuxhaven nachfolgen. Der Vorlage sei zu entnehmen, dass der Landkreis Cuxhaven im näheren Bereich der einzige Landkreis sei, der über derart niedrige Anspruchsgrenzen verfüge. Als Beispiel für eine Anhebung sollten die Anspruchsgrenzen, die in den Landkreisen Rotenburg/Wümme und Osterholz gelten, dienen. Es handele sich insgesamt um einen kleinen Baustein zur Senkung der Kosten im Verwaltungshaushalt von ca. 90.000,- € pro Jahr.

Dem entgegnete Abg. Kowalewski, Zweifel an den Kosteneinsparungen seien berechtigt. Im Übrigen sei deutlich herauszustellen, dass nur auf Grund der Tatsache, dass andere Aufgabenträger eine Erhöhung vornehmen, dieses nicht unbedingt sinnvoll sein müsse. Der Landkreis Cuxhaven sei ein sehr großräumiger Landkreis, in dem die Beförderung unter Berücksichtigung der geltenden Anspruchsgrenzen schon jetzt nicht optimal geregelt sei.

Abg. Tobias merkte an, dass nicht nur finanzielle Aspekte bei dieser Entscheidung Berücksichtigung finden müssten. Vielmehr sei bei den Schülerinnen und Schülern heute ein Bewegungsmangel festzustellen. Im Übrigen habe auch der Landkreis Cuxhaven in der Vergangenheit den Radwegeausbau deutlich forciert. Die nunmehr vorgeschlagene Änderung stelle dabei insgesamt eine moderate Lösung dar.

Hinzuberufenes stimmberechtigtes Mitglied Lohmann merkte an, es werde vielen Eltern schwer fallen, die Fahrkarten selbst zahlen zu müssen. So habe allein die Abschaffung der Lernmittelfreiheit dazu geführt, dass in vielen Familien die finanziellen Möglichkeiten deutlich beschränkt seien.

Hinzuberufenes stimmberechtigtes Mitglied Bertram ergänzte, auch er habe Zweifel daran, dass Kosten eingespart werden. Wenn für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule die gleichen Anspruchsgrenzen wie bisher gelten, dann sei in den meisten Fällen festzustellen, dass der Bus einzelne Ortsteile und Ortschaften ohnehin bedienen müsse.

Der Vorsitzende äußerte ebenfalls Zweifel an einer dauerhaften Kosteneinsparung. Vielmehr sei zu erwarten, dass durch andere Linienführungen längere Wartezeiten vor Unterrichtsbeginn und nach dem Unterrichtschluss auftreten würden. Der Aufwand, eine Veränderung zu betreiben, sei auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Anhebung der Entfernungsgrenzen auch für den Weg zur nächsten Haltestelle gelten würden, als auch deutlich zu hoch zu bezeichnen.

Abg. Frau Tecker schlug vor, die gegebenenfalls zu erzielenden Einsparungen zweckgebunden für den Ausbau von Schulwegen einzusetzen. Ziel müsse es sein, mit den gegebenenfalls einzusparenden Geldern die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Dieser Vorschlag wurde vom Abg. Meyn unterstützt.

Abg. Feldmann meinte, auch in diesem Bereich müsse gespart werden. Dieses falle allerdings keinesfalls leicht. Der Landkreis habe jedoch insgesamt eine optische Verpflichtung zur Anpassung an andere Aufgabenträger. Seinerzeit sei das Ziel gewesen, die Kosten der Schülerbeförderung auf 10 Millionen DM zu begrenzen.

Dem entgegnete KAR Lechlein, dass es sich hierbei um eine gegriffene Zahl gehandelt habe. Aufgrund steigender Schülerzahlen bzw. deutlich gestiegener Tarife sei diese Zahl nie realistisch gewesen.

Abg. Götjen beantragte, dem Kreisausschuss und Kreistag zu empfehlen, die Entfernungsgrenzen für die Klassen 5 und 6 auf 3 Kilometer und ab Klasse 7 auf 4 Kilometer festzusetzen.

Der Schulausschuss lehnte den Antrag des Abg. Götjen, dem Kreisausschuss und Kreistag zu empfehlen, die Entfernungsgrenzen für die Klassen 5 und 6 auf 3 Kilometer und ab Klasse 7 auf 4 Kilometer festzusetzen, mit 6 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen ab.

**Punkt 7: Schülerbezogener Beitrag des Landkreises Cuxhaven an den Schulverein Waldschule Hagen e.V.  
hier: Resolution der Samtgemeinde Beverstedt  
Sitzungsvorlage Nr. 6/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen zu Punkt 7 der Tagesordnung.

Abg. Frau Vockert erläuterte, die Schulleitung der Waldschule Hagen habe mitgeteilt, dass die Erhebung eines Schulgeldes von den Erziehungsberechtigten als unproblematisch angesehen werde. Die Eltern seien mit der erbrachten Gegenleistung mehr als zufrieden. In diesem Zusammenhang müsse auch dargestellt werden, dass in den Fällen, in denen die Erziehungsberechtigten Sozialhilfe oder Wohngeld beziehen, kein Schulgeld erhoben werde. Auch sei nach ihren Informationen die Elternvertretung mit dem vom Landkreis Cuxhaven gezahlten Zuschuss zufrieden. Dieser sei in den vergangenen Jahren verdoppelt worden. Auch von dieser Stelle werde die gute Lehrerversorgung als besonderer Vorteil der Waldschule Hagen herausgehoben. Im Übrigen sei auch aus Sicht des Schulelternrates zu bedenken, dass die Eltern über das Schulgeld ein Mitspracherecht über die schulischen Belange hätten. Schließlich merkte sie an, dass es nicht zu verkennen sei, dass dem Landkreis Cuxhaven Mehrkosten entstünden, wenn er der Träger der Schule sei.

Abg. Frau Krause-Behrens entgegnete, die Eltern in Beverstedt seien insgesamt nicht zufrieden. Ein Schulgeld sei - egal in welcher Höhe es zu zahlen sei - immer ungerecht. Durch die Zahlung eines Schulgeldes würden insbesondere diejenigen, die kurz über dem Sozialhilfeniveau stünden, in ihrer Chancengleichheit benachteiligt. Namens der SPD-Kreistagsfraktion stellte sie den Antrag, die Verwaltung des Landkreises zu beauftragen, mit dem Schulverein Waldschule Hagen e. V. Verhandlungen zu führen, um eine kostenlose Beschulung aller Kinder zu diskutieren.

Hinzuberufenes stimmberechtigtes Mitglied Lohmann merkte an, die Belastung der Eltern sei gerade in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Dieses sei insbesondere auf die Lernmittelfreiheit zurückzuführen. Als Lehrer an der Hermann- Allmers- Schule, Haupt- und Realschule Hagen sei ihm bekannt, dass viele Eltern ihre Kinder zur Realschule anstelle auf das Gymnasium in Hagen bzw. Beverstedt oder das Kreisgymnasium Wesermünde schicken würden. Das Schulgeld sei für den Besuch der Waldschule Hagen vielen Eltern zu hoch.

Abg. Grüter fragte sich, warum die Initiative zur kostenlosen Beschulung an der Waldschule Hagen von der Samtgemeinde Beverstedt komme. Ganz offensichtlich werde seitens der Eltern das Schulgeld nicht akzeptiert.

Abg. Götjen erklärte, dass es lediglich eine Resolution aus dem Bereich der Samtgemeinde Beverstedt gegeben habe. Der Rat der Samtgemeinde Hagen habe keine Resolution an den Landkreis beschlossen.

Der Vorsitzende berichtete, bei der Einführung des Schulgeldes habe es erhebliche Diskussionen und Widerstände gegeben. Ziel vieler Eltern sei es nach wie vor, kein Schulgeld für den Schulbesuch der Waldschule Hagen zu entrichten. Er habe nach wie vor den Eindruck, dass hier lediglich mit Vertröstungen gearbeitet werde. Niemand habe die Absicht, ein staatliches Gymnasium als Konkurrenz zur privaten Waldschule Hagen aufzubauen. Die Schülerinnen und Schüler der Waldschule Hagen sowie deren Erziehungsberechtigten dürften keinesfalls schlechter gestellt werden als diejenigen, die staatliche Gymnasien besuchen.

Abg. Demuth stellte zur Geschäftsordnung den Antrag, die Debatte zu diesem Punkt zu schließen.

Dieser Antrag wurde mit 13 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme angenommen.

Anschließend wurde der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, die Verwaltung zu beauftragen mit dem Schulverein Hagen e. V. Verhandlungen zu führen, um eine kostenlose Beschulung zu diskutieren, mit 6 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Im Anschluss daran empfahl der Schulausschuss dem Kreisausschuss und dem Kreistag mit 7 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen bei einer Stimmenthaltung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Resolution des Rates der Samtgemeinde Beverstedt vom 15.11.2004 wird zur Kenntnis genommen. Der Zuschuss an den Schulverein Waldschule Hagen e. V. wird für das Jahr 2005 auf 66,50 € pro Schülerin/ Schüler und Monat festgesetzt.



**Punkt 8: Entwurf des Haushaltsplanes – Verwaltungs- und Vermögenshaushalt – für das Haushaltsjahr 2005 sowie des Finanzplanes und des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2004 bis 2008**  
**Sitzungsvorlage Nr. 7/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die die Erläuterungen zu Punkt 8 der Tagesordnung.

KOAR'in Heß erläuterte die einzelnen Haushaltstellen, die in die Beschlussfassung des Schulausschusses fallen. Folgende Haushaltstellen seien zu ergänzen:

22520.362000	Haupt- und Realschule Beverstedt „Zuweisung vom Land-Förderprogramm Ganztagschule“	56.000,- €
22520.985000	Haupt- und Realschule Beverstedt „Erstattung an den ISB-Förderprogramm Ganztagschule“	56.000,- €
22540.362000	Haupt- und Realschule Hagen „Erstattung an den ISB-Förderprogramm Ganztagschule“	64.000,- €
22540.985000	Haupt- und Realschule Hagen „Erstattung an den ISB-Förderprogramm Ganztagschule“	64.000,- €
23400.162000	„Kostenerstattung durch den Landkreis Stade für Schulen aus der SG Nordkehdingen“	113.600,- €

Bei dieser Haushaltsstelle handele es sich um den Ausfluss der Verhandlungen mit dem Landkreis Stade (siehe Punkt 4 dieser Sitzung).

KOAR'in Heß erläuterte, bei den vier Haushaltsstellen handele es sich jeweils um Einnahmehaushaltsstellen und Ausgabehaushaltsstellen, die dadurch einzurichten seien, dass für die Baumaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Einrichtung der Ganztagschulen in Beverstedt und Hagen aus dem Zuschussprogramm des Bundes gefördert würden, entsprechend zu vereinnahmen sind. Diese Einnahmen würden in gleicher Höhe wiederum an den ISB ausgezahlt. Die entstandenen Kosten seien im Wirtschaftsplan im Jahre 2004 bereits veranschlagt und auch entsprechend verwendet.

Der Vorsitzende erklärte, die SPD-Kreistagsfraktion werde den Haushaltsansatz der Haushaltsstelle 21800.718000 „Zuschuss Waldschule Hagen“ in Höhe von 456.000,- € aus den vorgenannten Gründen (siehe Punkt 7) nicht mittragen.

Hinzuberufenes stimmberechtigtes Mitglied Lohmann fragte, ob die Kosten für die zusätzliche Einrichtung der Ganztagschule Hagen im Haushaltsplan veranschlagt seien.

KAR Lechlein antwortete, dass diese Kosten im Wirtschaftsplan des ISB veranschlagt seien. Der Landkreis habe gleichzeitig entsprechende Fördergelder bei der Landesregierung beantragt.

Abg. Frau Tecker fragte, ob die Schulbudgets insgesamt ebenfalls einer 5 -prozentigen Kürzung unterliegen würden.

Diese Frage wurde von KOAR'in Heß bejaht.

KAR Lechlein erläuterte zur Haushaltsstelle 29001.639000 „Schülerbeförderungskosten“, dass der Landkreis bei der Aufstellung des Haushaltsplanes Tarifsteigerungen in Höhe von 3 v. H. eingeplant habe. Real liege diese Steigerung jedoch nach Genehmigung der neuen Tarife durch die damalige Bezirksregierung Lüneburg bei 5,9 v. H. Es sei insofern nicht auszuschließen, dass unabhängig von einer möglicherweise beschlossenen Erhöhung der Anspruchsgrenzen der Haushaltsansatz insgesamt nicht auskömmlich sei. Für diesen Fall sei mit einer überplanmäßigen Ausgabe im Herbst des Jahres 2005 zu rechnen.

KOAR'in Heß erläuterte zu Ziffer 3 des vorliegenden Beschlussvorschlages, dass im Laufe eines Haushaltsjahres vielfach Veränderungen innerhalb der jeweils genehmigten Sondermaßnahmen vorzunehmen sei. Um auf die notwendigen Wünsche der Schulen reagieren zu können, habe man deshalb den Vorschlag gemacht, bereits veranschlagte Haushaltsmittel von bis zu 50.000,- € je Maßnahme für im Haushaltsplan nicht berücksichtigte Sondermaßnahmen zu verwenden, wenn deren Dringlichkeit größer ist, als die im Haushaltsplan enthaltenen Maßnahmen. Die Verwaltung erhoffe sich von dieser Regelung eine Vereinfachung des Verfahrens, um den betroffenen Schulen schnell und angemessen helfen zu können.

Abg. Götjen begrüßte diesen Vorstoß. Im Bereich der Kreisstraßen gebe es bereits eine ähnliche Regelung, die sich insgesamt bewährt habe.

Abg. Frau Vockert äußerte die Meinung, dass eine höhere Flexibilität sicherlich sinnvoll sei. Um dieses neue Verfahren jedoch zunächst erst einmal erproben zu können, schlug sie vor, veranschlagte Haushaltsmittel von bis zu 25.000,- € je Maßnahme für im Haushaltsplan nicht berücksichtigte Sondermaßnahmen zu verwenden.

Dieser Vorschlag wurde von Abg. Frau Tecker unterstützt.

Der Schulausschuss empfahl dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Bezüglich der Sondermaßnahmen an den Schulen ist der Landrat – Amt Schulen und Kulturverwaltung – berechtigt, im Haushaltsplan veranschlagte Haushaltsmittel von bis zu 25.000,- € je Maßnahme für im Haushaltsplan nicht berücksichtigte Sondermaßnahmen zu verwenden, wenn deren Dringlichkeit größer ist als die im Haushaltsplan enthaltenden Maßnahmen.

Über die Verwendung der Haushaltsmittel wird dem Schulausschuss jährlich berichtet.

Anschließend empfahl der Schulausschuss dem Kreisausschuss und Kreistag mit 8 Ja-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Dem Entwurf des Haushaltsplanes in den Unterabschnitten 20000, 21420 bis 21470, 21710 und 21720, 21800, 22110 und 22120, 22510 bis 22590, 23100 bis 23500 und 29001 des Verwaltungshaushaltes und 20700, 20710, 21460 und 23400 des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2005 wird zugestimmt.
2. Dem Entwurf des Finanzplanes und des Investitionsprogramms wird zugestimmt, soweit die Zuständigkeit des Schulausschusses gegeben ist.

## **Punkt 9: Mitteilungen und Anfragen**

### **9.1: Erfahrungen des Betriebes der Ganztagschulen in Beverstedt und Hagen**

Abg. Frau Krause-Behrens regte an, die Erfahrungen der beiden Leiter der Ganztagschulen in Beverstedt und Hagen im nächsten Schulausschuss zu diskutieren.

Abg. Frau Vockert unterstützte diesen Vorschlag und regte gleichzeitig an, die Kosten der Mittagsverpflegung in Höhe von derzeit 3,20 € pro Essen kritisch zu hinterfragen.

Der Schulausschuss nahm Kenntnis.

## **Punkt 10: Einwohnerfragestunde**

Fragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende schloss um 18:59 Uhr die Sitzung und bedankte sich bei allen Anwesenden.

Redeker  
Kreisrat

Lechlein  
Kreisamtsrat  
als Protokollführer